

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts
für die Erzgebirgskreise
— Erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pf. — Nr. 97.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts
für die Erzgebirgskreise
— Erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pf. — Nr. 97.

Inhalt: Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 97

Sonntag, den 26. April 1925

20. Jahrgang

An Alle!

Die Nürnberger Funtrede.

Die Rede, die Reichspräsident Marx, der Präsidentenwahlkommission des Reichstages, am 26. April 1925 in Nürnberg hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Als wir vor sechs Jahren in Weimar die schwarz-rot-goldene Flagge hielten, war damit wieder eine Mißachtung noch ein Mißverstehen der alten Farben schwarz-weiß-rot beabsichtigt. Unter den neuen Farben groß-deutscher Einheit, die schon im Jahre 1813 beim Befreiungskampfe gegen Napoleon eine Rolle spielten, sollte vielmehr eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unternommen werden. Das ganze deutsche Volk mußte in der Stunde der höchsten Gefahr zum Wiederaufbau zusammenwirken, und darin besteht die nationale Leistung der Demokratie. Die Demokratie ermöglicht es, daß der Staat und die Zukunft der Nation von den breiten Massen des Volkes verstanden und getragen werden. Darin liegt die sicherste Gewähr für die wirtschaftliche und nationale Erholung unseres schwer geprüften Vaterlandes.“

Nur nationalen und wirtschaftlichen Erholung des deutschen Volkes gehört aber eine friedliche Entwicklung Europas. Sie wissen alle wie ungeheuer schwer der Weg Deutschlands in den letzten Jahren gewesen ist. Sie wissen aber auch, daß wir sichtbare Erleichterungen und Fortschritte erzielt haben. Die Wohltat einer stabilen Währung, einer neuen Anknüpfung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, kurz alles, was immerhin nach dem furchtbaren Ruhrkampf langsam erreicht worden ist, war nur durch eine friedliche Entlastung der europäischen Politik möglich. Das neue Deutschland, das Deutschland der nationalen Demokratie, hat diese Fortschritte erzielt und ein gewisses Vertrauen bei vernünftigen Kreisen des Auslandes gewonnen, ein Vertrauen, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

Immer geht der nationale mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Hand in Hand. Denken Sie alle an die ersten Monate nach dem Zusammenbruch. Damals war die Einheit Deutschlands ebenso bedroht wie der Fortbestand seiner großartigen wirtschaftlichen Anlagen. Damals drohte eine kommunistische Revolution, drohte der Verfall des Reiches. Die Nationalversammlung von Weimar hat beide Gefahren, die nationale und die wirtschaftliche besiegt durch die Verfassung, der Sie alle viel mehr verdanken, als die Gegner der Verfassung es zugeben wollen. Sie alle kennen die tiefen Gegensätze, die zwischen den deutschen Staatsbürgern sich aufgetan haben. Nur eine Überwindung dieser Gegensätze, ein vernünftiger Ausgleich der Interessen ist in der Lage, die nationale Kraft Deutschlands zu erneuern. Ich frage Sie, ob nicht die demokratische Staatsform am geeignetsten ist, den Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Nur eine politische Form, die alle Kräfte, die der wirtschaftlichen Führer, die des hart geprüften Mittelstandes, die der arbeitenden Massen zu vereinigen weiß, ist wahrhaft national. Die demokratische Staatsform gibt die Möglichkeit, daß alle Gruppen immer wieder durch

vernünftige Auseinandersetzung sich ausgleichen. Nur diese Staatsform verhindert es, daß die eine Klasse durch die andere Klasse unterdrückt werde. Damit aber verbindet die demokratische Staatsform erst die nationalen Kräfte der Zukunft. Auch die heutigen Gegner der Weimarer Verfassung haben im Jahre 1918 und 1919 erkannt, daß nur die Einberufung der Nationalversammlung die nationale Rettung bringen kann. Und vergessen Sie nicht, daß einst die Lithowischen Jäger gegen Napoleon für Deutschlands nationale Befreiung ausgingen unter den Farben, die heute die Flagge Deutschlands sind.

Wir brauchen zu unserer wirtschaftlichen Erholung den Beistand mächtiger auswärtiger Staaten, wir brauchen einen europäischen Frieden, damit uns die Luft zum Atmen bleibt. Alle die Länder, auf deren heutige und künftige Einstellung gegenüber Deutschland wir am meisten angewiesen sind, haben schon seit langer Zeit demokratische Staatsformen. Das gesamte politische und wirtschaftliche Denken dieser Länder ist geradezu gewohnheitsmäßig demokratisch. Wir dürfen in dieser Welt, von der wir uns volltätig und wirtschaftlich in keiner Weise abschließen können, nicht wie ein Fremdkörper dastehen. Wenn aber die nationale Zukunft Deutschlands und gleichzeitig sein Rang und seine wirtschaftliche Stellung in der Welt durch die Demokratie am besten gefördert wird, dann ist wohl für jeden Deutschen ohne Unterschied der Partei die Entscheidung leicht.

Sie selbst verdanken es ja der demokratischen Staatsform, daß Sie als Wähler einwirken können auf die Gestaltung der deutschen Schicksale. Sie haben damit keine geringe Macht, aber auch keine geringe Verantwortung. Was in Ihr eigenes Privatleben hinein, in die Zukunft Ihrer Kinder wird die Entscheidung eingreifen, die Sie als Wähler fällen. Lassen Sie sich also nicht durch Schlagworte zu einer unüberlegten Entscheidung hinreißen. Lassen Sie sich nicht durch bloße Stimmungen hinwegführen über die sehr materielle Verantwortung, die Ihnen das Wahlrecht zuschiebt. Wer über Deutschlands Zukunft mit heiligem Herzen, aber gleichzeitig kühlem Kopf sich eine Meinung bilden will, wer über diese Zukunft ernsthaft zu Ihnen sprechen will, der kann keine verausprechenden Worte sagen. Er kann nur wiederholen, daß wir die Gegensätze ausgleichen müssen.

Das gilt vor allem auch auf konfessionellem Gebiet. Die Politisierung der konfessionellen Gegensätze war einer der schwersten Fehler der Vorkriegszeit. Das neue Deutschland hat sich bemüht, diese Fragen auszuschalten. Der Geist des Zwiespalts ist nicht der natürliche Geist des deutschen Volkes. Das hat sich in den Augusttagen des Jahres 1914 gezeigt, in den Jahren des großen Krieges, als deutsche Söhne ohne Unterschied der Weltanschauung für das Vaterland ihr Leben opferten. Die übergroße Mehrheit unseres Volkes will in besonnener Arbeit neue Wege gehen zu neuen Zielen für Deutschland und für Europa. Ich grüße eine glückliche Zukunft Deutschlands.“

Für Wilhelm Marx.

Von Dr. Gustav Radde, Reichsjustizminister a. D.

Welche Eigenschaften fordert die Reichsverfassung vom Reichspräsidenten?

Der Reichspräsident soll den Staat, d. h. die Nation und die Republik vor dem Volke und vor der Welt in seiner Person verkörpern. Last und Würde einer repräsentativen Persönlichkeit sind das erste, was wir von ihm erwarten — aber nicht das Wichtigste.

Die Reichsverfassung will, daß das Amt des Reichspräsidenten nicht nur ein repräsentatives Amt, sie will, daß es ein politisches Amt sei. Sie würde neben das vom Reichstage getragene Kabinett nicht einen unmittelbar vom Volke gewählten Präsidenten stellen, wenn dessen Aufgabe keine andere hätte sein sollen, als jeder Reichsregierung für jede Amtshandlung seine Unterschrift unbedenklich zur Verfügung zu stellen. Keine Amtshandlung des Reichspräsidenten ohne Einverständnis der Reichsregierung, aber auch keine, in der nicht die eigene politische Einsicht und der eigene politische Wille des Reichspräsidenten zur Geltung kommen sollte! Reichspräsident kann also keine noch so ehrwürdige, aber politisch unerfahrene Persönlichkeit sein — sie würde nichts sein als die spanische Wand, welche die in Wahrheit entscheidenden Hintermänner unsichtbar machte —, Reichspräsident darf nur ein bewährter Politiker sein.

Der Reichspräsident muß andererseits mit Kabinetten von wechselnder parteipolitischer Zusammensetzung in immer gleicher Sachlichkeit zusammenarbeiten. Er darf also nicht nur ein Parteipolitiker, unfähig über die Mauern seines Parteiprogramms hinauszublicken, er muß ein Staatsmann sein, der jeder politischen Ueberzeugung das abzugewinnen vermag, was sie zum Heile des Staatsganges beitragen kann.

Ueberparteilich bedeutet aber nicht gesinnungslos. Staatsmann sein heißt, sich nur dem Gedanken des Staates verantwortlich fühlen, den man leitet. Über nur, wer dem Staat, der ihm anvertraut ist, befehlt, vermag ein getreuer Schwärmer dieses Staates zu sein. Der Präsident der deutschen Republik muß nicht nur ein guter Deutscher, er muß auch ein unbedingt zuverlässiger Republikaner sein, den wechselnden Kabinetten wohl elastisch sich anpassend, aber unbeeindruckt, wo es den Bestand der deutschen Republik gilt.

Den wechselnden Kabinetten gegenüber, die sich auf die reale Macht hinter ihnen stehender parlamentarischer Koalitionen stützen können, muß der Reichspräsident, gestützt auf seine reale Macht, vielmehr nur auf die mehr ideelle Grundlage der Volkswahl, immer von neuem sich und seinem Amte Autorität verschaffen. Das Amt des Reichspräsidenten, wie die Reichsverfassung es sich denkt, ist deshalb das schwierigste Amt der gesamten Reichspolitik. Es hat nur genau so viel Autorität, wie die Persönlichkeit, die es trägt, und die Sache, die sie vertritt, ihm zu geben vermag. Nur eine starke Persönlichkeit von strenger Sachlichkeit ist ihm gewachsen. Und doch muß der Reichspräsident ganz frei sein von einer Eigenschaft, die eine Haupttriebkraft aktiver Persönlichkeiten zu sein pflegt. Er muß gewillt sein, seine Amtstätigkeit unsichtbar, kaum sichtbar auszuüben, er muß der jeweiligen Reichsregierung Vertretung und Verdienst der Reichspolitik überlassen, er muß auch dann schweigen können, wenn noch so heftige Angriffe sich gegen ihn, den verfassungsmäßig nicht Verantwortlichen und deshalb verfassungsmäßig Wehrlosen richten. Er muß frei sein von jedem Ehrgeiz, jeder Eitelkeit.

So war Friedrich Ebert, und deshalb konnte er dem Amte des Reichspräsidenten von vornherein die starke Prägung geben, welche die Reichsverfassung verlangt. Sein Nachfolger hat die Aufgabe, das Amt, das der erste Reichspräsident stark gemacht hat, in dieser Stärke zu erhalten.

Ich habe die feste Überzeugung, daß Wilhelm Marx dazu fähig und gewillt ist. Ich ehere in ihm den gut deutschen Mann von erprobter republikanischer Zuverlässigkeit, einen Staatsmann von Erfahrung und Weitblick, streng sachlich und rechtlich, ohne Ehrgeiz, dafür mit einem tief religiösen, beruhten Pflichtgefühl, einen Mann von Herzenswärme und gelegentlich gemütvollerem Humor, der den Weg zum Herzen unseres Volkes schnell finden wird. Ich habe auch die begründete Ueberzeugung, daß Wilhelm Marx es verstehen wird, seine kulturpolitischen Auffassungen den überparteilichen Pflichten des Reichspräsidenten ebenso unterzuordnen, wie ihnen Friedrich Ebert seine sozialistische Weltanschauung stets untergeordnet hat. Zu meinen schönsten parlamentarischen Erinnerungen gehört die Mitarbeit an dem aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Entwurf eines Reichsgesetzes über die restliche Kindererziehung, es gelang damals, trotz der heiklen Aufgabe, im Reichstagsauschuß nahezu alle Parteien auf dem Boden eines Entwurfs zu einigen, der Führer zu dieser Einigung aber war Wilhelm Marx.

Man muß es der Sozialdemokratischen Partei zur Ehre anrechnen, daß sie, die im ersten Wahlgang sich als zweitstärkste Partei bewährt hat, im zweiten Wahlgang ihre 8 Millionen Wähler dem Kandidaten des Volksblocks zuführen will. Wieder zeigt sie, daß sie ihre Sonderaufgaben hinter den großen gemeinsamen Zielen zurückstellen weiß: Republik und Nation. Nicht nur die Parteibildung, die in der Sozialdemokratie alte Ueberlieferung ist, wird alle Sozialdemokraten für den Volksblock an die Wahlurnen führen, sondern vor allem warmes Vertrauen zu Wilhelm Marx reiner und fester Persönlichkeit und das Bewußtsein, daß die Wahl seines von einfachen oder von

Russische Streiflichter.

Durchbrechung des Achtstundentages. — Die Lage mit Finnland.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Gründung privater Industrieunternehmen mit nicht mehr als 20 Arbeiter zuzieht. Bei Abschluß von Konzessionsverträgen werden mit Erlaubnis der Gouvernementsbehörden mehr als 200 Arbeiter zugelassen.

Durch ein kürzlich veröffentlichtes Dekret wird den Landwirten die Anwerbung von Arbeitskräften erleichtert, das Erfordernis schriftlicher Kontrakte beseitigt und die Ueberführung der Achtstundenarbeitszeit in einzelnen Perioden der landwirtschaftlichen Arbeiten zugelassen.

In der Nähe von Jersutsk entwaffnete ein Eisenbahntransport von Schwerverbrechern, die sich im Gefangenenwagen befanden, die Wache, und beraubte die im gleichen Zuge mitfahrende Eisenbahnkommission. Nach dem der Zug von ihnen zum Halten gebracht worden war, gelang es 34 von den Verbrechern, die Flucht zu ergreifen.

Auf Grund des in der Sitzung des Zentralerekutivkomitees in Lissie ergangenen Amnestieerlasses ist bis jetzt von 150 Gefangenen 110 die Freiheit wiedergegeben worden. Die Gefängnisstrafe der übrigen ist auf die Hälfte herabgesetzt worden. In Kutais wurden 91 Gefangene befreit und 50 Gefangenen wurde die Strafe auf die Hälfte ermäßigt.

Die Meldungen der ausländischen, u. a. der französischen Presse, über eine angebliche Spannung in den sowjetisch-finnländischen Beziehungen werden amtlich demontiert. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind normal.

Die Gewerkschaften gegen die Mietsteigerung.

Die Spitzenorganisationen der freien, christlichen und kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Reichsbund deutscher Mieter an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder ein Schreiben gerichtet, in welchem sie erklären, der Ausgleich der öffentlichen Haushalte müsse durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden. Aus der Miete dürfen nur Mittel für den Wohnungsbau und für Erhaltung der alten Wohnungen auswendig werden, und zwar unter Schonung zahlungschwacher und zahlungsunfähiger Mieter. Die Hausrente dürfe nach Wegfall des weitestgehenden Teiles der Hypothekensumme nicht auf Kosten der Mieter weiter gesteigert werden. Jede Steigerung der Miete, die vorwiegend als Erhöhung der Grundrente diene, wirke als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der Reichen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer und vermindere die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine weitere Mieteerhöhung sei zurzeit für den größten Teil der Mieter untragbar, außerdem aber bei Berücksichtigung der oben aufgeführten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt.

45
45
45
45
45
45
45
45
45
45

bi!
von
fere
ten,

erg.

che-
sowie

roße
wahl!

e!

e

blen
en
en

Aug
5.

nge

r Art-
ungs-
arata.
Einzel-

cher

chaft